



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

R/VI/213 - 13.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 7654-59

Fernschreiber 039 890

Adenauers "einsame Entscheidung"	S. 1
Neue Regierung in Prag	S. 3
FDJ-Reinigung nach Berlin	S. 4

## Auf P l e v e n s Wegen ?

(sp) Außenminister Adenauer hält es wie der Bundeskanzler: Er hat eine Taktik, die im Rahmen einer jeweils denkbar kurzfristigen Disposition steht. Für einen Schritt voran auf dem einen Gebiet, ist er bereit, gleichzeitig auf vielen anderen Gebieten zurückzuweichen, er meint, der kleine Schritt nach vorn wäre dann nicht nur die Voraussetzung für neue Fortschritte, sondern würde auch die Rückschläge wieder wettmachen. "Das kommt alles von alleine", so läßt sich der Außenminister gelegentlich vernehmen.

Bei dieser Grundhaltung fiel es nicht schwer, Adenauer zur Unterzeichnung des Schuman-Planes zu veranlassen und ebenso ist es den Hohen Kommissaren gelungen, den Kanzler auch von der Zweckmäßigkeit des Plevon-Planes zu überzeugen. Seine Taktik ist darauf die Hoffnung, daß auf einige zehntausend nicht gleichberechtigte deutsche Soldaten schon irgendwann einmal die politische und militärische Gleichberechtigung folgen würde. Wann und auf welche Weise das möglich sein soll, weiß der Außenminister nicht. Er will nicht sehen, daß eine von der Bundesregierung im Rahmen eines geänderten Plevon-Planes eingegangene Verpflichtung den Status eines deutschen militärischen Beitrages auf lange Jahre festlegt. Das kommt einem freiwilligen Verzicht auf die Gleichberechtigung gleich, die jede mögliche deutsche Regierung wiederherzustellen hat.

Diese Art Politik ignoriert Grundsätze und Ziele, ohne die jede Außenpolitik zu einer Taktik degradiert wird, die allenfalls noch auf Vorstandssitzungen vielgestaltiger Parteien anwendbar ist. Dort sind taktische Versprechen offensichtlich auch nicht verbindlich. Verträge in der Außenpolitik sind aber eine kaum lösbare Verpflichtung. Darum ist es absurd, auf Plevens Wegen einen Vertrag unterschreiben zu wollen und diesen dann noch für einen Schritt zu halten, nach dem sich eine Gleichberechtigung von selbst ergeben werde. Wenn der Außenminister diesen Weg wirklich gehen will, so wird er eine sehr schwere innerdeutsche Auseinandersetzung heraufbeschwören. In jedem Fall ist mit größtem Nachdruck zu fordern, daß der Außenminister Adenauer aus der Einsamkeit seiner Selbstgespräche heraustritt und an den zu erwartenden außenpolitischen Entscheidungen das Kabinett und die zuständigen Ausschüsse von Bundestag und Bundesrat mitwirken läßt. Will Adenauer das Parlament vor vollendete Tatsachen stellen, so wird er nicht nur bei der sozialdemokratischen Opposition auf entschlossenen Widerstand stoßen. Bundestag und Bundesrat haben das Recht zur Mitwirkung in der Außenpolitik und der Außenminister hat die Pflicht, die Meinungen der Körperschaften des Parlaments zu hören, **b e v o r** er Regierungsentscheidungen fällt.

Beim Schuman-Plan hat er anders gehandelt und nicht nur im Bundesrat und von der Opposition, sondern auch von Männern der Regierungsparteien die notwendige Antwort bekommen. Wollte er bei der Entscheidung über einen Verteidigungsbeitrag oder über den Inhalt der Neuordnung des deutsch-alliierten Verhältnisses ähnlich handeln, so würde es zu dem bisher schwersten Konflikt zwischen dem Parlament und ihm kommen, der auch seinem kompakten Selbstbewußtsein und - objektiv gesehen - seiner Stellung sehr gefährlich werden könnte.

+ + +

Der Sturz nach oben

In Prag ist wieder "alles wie früher"

H.,-Wien, Mitte September

Vor wenigen Tagen wurde in der Tschechoslowakei wieder einmal die Regierung umgebildet. Autoritäre Regime kennen keine Regierungskrisen und so waren die neuen Männer bereits vereidigt, noch ehe die Welt ihre Namen erfuhr. Im Zuge dieser Reorganisation - es wurden fünf industrielle Ministerien nach sowjetischem Muster und ein Ministerium für die Staatskontrolle geschaffen! - geschah auch eine Veränderung, welche die Durchdringung des Staatsapparates durch den kommunistischen Parteiapparat fast vollkommen erscheinen läßt: Die kommunistische Partei hat auf den Posten des Generalsekretärs "verzichtet", der bisher von Rudolf Slansky, "der Allmächtige" genannt, ausgefüllt worden war. Während der Generalsekretär in der KP abgeschafft wurde, kam in die staatliche Verwaltung als Novum der Herr Staatskontrollminister, dessen Befugnisse keineswegs hinter jenen des allmächtigen Slansky zurückstehen. Er kontrolliert nämlich alles, von den Staatsbetrieben über die Genossenschaften, Wirtschaftsorgane und Verwaltungsdienststellen bis herab zu den Privatpersonen, die über Produktionsmittel verfügen. Die Funktionen des Generalsekretärs der KP aber gingen auf Klement Gottwald persönlich über, der nunmehr in der Personalunion von Staatsoberhaupt und KP-Chef noch mehr in den Vordergrund treten soll.

Die Prager kommunistische Presse mußte diese Reorganisation in der staatlichen Verwaltung und im Parteiapparat als geradezu revolutionär feiern und darauf verweisen, daß Gottwald nunmehr die politische und organisatorische Führung der KP in den Händen hält, und man "alles wieder wie früher" sei. An das Ausscheiden Slanskys als Generalsekretär werden zwar in Prag Bemerkungen geknüpft wie etwa die, daß das ZK verschiedene Fehler in der Parteiarbeit aufgedeckt habe. Aber man wird diesen Ausführungen nicht mehr Bedeutung zusprechen können, als jenen stalinistischen Selbstbeichtungen, wie man sie aus anderen östlichen Gefilden gewöhnt ist. Der Abgang Slanskys aus der Partei scheint eher ein Sturz nach oben zu sein.

Slansky zählt seit seinem ersten Zusammentreffen mit Gottwald im Jahre 1925 zu seinen engsten Vertrauten. 1938 von der KP nach Moskau geschickt, von wo aus er die Propaganda und die Partisanentätigkeit leitete, gilt der rüstige und äußerst agile Fünfziger - der übrigens der Schwiegersohn Gottwalds ist - als einer der li- nientreuesten Moskauanhänger. Nun ist er plötzlich stellvertreten- der Ministerpräsident geworden und kontrolliert als solcher nicht nur die bisherigen Kabinettsmitglieder, sondern ihm untersteht prak- tisch auch der neue Staatskontrollminister, den man in der Person des früheren Vorsitzenden des Rates der Kommissare, Carol Bacilek, aus der Slowakei geholt hat, und von dessen Wirken man insbesonde- re auch auf sowjetischer Seite eine überplanmäßige Erfüllung der sowjetischen Produktionsauflagen erwartet. Schwiegerpapa Staats- präsident und KP-Chef auf der einen, und Schwiegersohn Vizekanzler und Politbüro-Funktionär auf der anderen Seite, haben das kommuni- stische Heft eher noch fester in die Hand genommen und werden rück- sichtslos für die Erfüllung der Moskauer Wünsche Sorge tragen.

+ + +